

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Sebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Abonnementspreis
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London A. Duenning, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Kontingentsbeziehung für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnementseinladung.

Wir bitten alle Leser und Parteigenossen, sich zum neuen Quartal für weitere Verbreitung des „Volksstaat“ zu bemühen und namentlich durch die div. Lokalpresse dahin zu wirken. Das Abonnement erneuere man jetzt schon, um die unangenehme Verzögerung, die sonst bei Beginn des neuen Quartals eintritt, zu vermeiden.

Im nächsten Quartal wird der „Volksstaat“ wieder regelmäßiger in ganzen (Doppel-) Nummern erscheinen. Die Parteigenossen in den Vogel v. Falckenstein'schen Provinzen eruchen wir dringend, in ihren Lokalblättern den „Volksstaat“ zu empfehlen und bekannt zu machen daß nunmehr, nach aufgehobenem Belagerungszustand, alle Postämter wieder Bestellungen auf den „Volksstaat“ annehmen. Mit 1. April beginnt das neue Quartal.

An die Parteigenossen.

Außer einem noch zu bedeckenden Defizit der Wahlkosten sind es die Pflichten, die wir unseren zahlreichen Inhabitanten und deren Familien gegenüber zu erfüllen haben, welche uns zu einem erneuten Appell an die Ausdauer und Opferwilligkeit der Parteigenossen nöthigen. Thue Jeder sein Möglichstes! Beiträge nimmt unser Kassirer Burdhardt, Johannisgasse 6—8 E. entgegen.

An die Vertrauensmänner unserer Partei richten wir hiermit das Gesuch, wieder bei Zeiten für Erneuerung der Abonnements auf den „Volksstaat“ sorgen zu wollen, zumal, da die Aufhebung des Belagerungszustandes in den nördlichen und westlichen Landestheilen auch das über den „Volksstaat“ verhängte Verbot beseitigt. Lasse es sich Jeder recht angelegen sein, dahin zu wirken, daß ein reges Parteileben wieder erblühe und beim Quartalswechsel für unser Parteiorgan eine höhere Auflage sich herausstelle.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Leipzig, 10. März. Der stellvertretende Ausschuß.

Zum Frieden.

Festen Muth in schweren Leiden,
Hilf, wo die Unschuld weint!
Ewigkeit geschwornen Eiden!
Wahrheit gegen Freund und Feind!
Schiller. (Lied an die Freunde.)

Friede! Friede! jauchzen Alle!

Millionen jubeln laut!
Unter frohem Glockenschalle
Hat die Welt den Tag erschaut,
Wo des Wahnsinns wüsten Streiten
Setzte die Vernunft ein Ziel!
Zeige, wem sein Alles siel,
Festen Muth in schweren Leiden!

Menschlich Fühlen regt sich leise
In des Frevlers starrer Brust,
Der die Kinder und die Greise
Gab des „Ruhmes“ schöner Lust,
Der zu „Gottes“ höh'ren Freuden
(Dem er zu gehorchen meint),
Sengt' und nicht gab blut'gem Leiden
Hilf, wo die Unschuld weint!

Dem sein „Herrgott“ wird gedenken:
Ob Er „Huld“ und „Gnade“ übt,
Dem, der keinem Feind vergiebt?
Der den Nächsten sucht zu kränken.
Seinen Namen täglich schändet
Unter Frömmeln! — Wird Er leiden
Diesen, der verdreht und wendet
Ewigkeit geschwornen Eiden?!

Lebe Frevler! Lebe lange!
Denn Dein Tod wird Schrecken sein!
Ist Dir selbst denn noch nicht bange
Vor der letzten Stunde Dein?
Schredlich tönen wird Dir Alten,
Wenn die Unschuld blutend weint,
Wahrheit, die Du nie gehalten:
Wahrheit gegen Freund und Feind!

B. B.

Stichwahl im 15. Sächs. Wahlbezirk.

Parteigenosse **Epier** hat, soweit bis jetzt bekannt, über 4000 Stimmen erhalten, Vierermann, für den außer den Nationalliberalen auch die Konservativen und Fortschrittler stimmten, 4700. Wahlumtriebe und Ungefehllichkeiten der Gegner sind bereits gemeldet aus Mittelfrohna, Kändler, Wästenbrand und Oberfrohna.

Fernere Wahlumtriebe im 19. Sächs. Wahlbezirk.

In Kirchberg bei Stollberg haben die Minkwitz-Zettel neben der Wahlurne gelegen. Bei jedem Wähler, der gekommen ist, hat es geheißen: hier liegen Zettel, Minkwitz ist zu wählen, und sie mußten nehmen. Selbst der Richter hat agitiert.

In Mittelborj hat der Richter an der Wahlurne geiffen und hat den Wähler noch zu den Bauern geschickt, sie sollten kommen und wählen, weil er gewahr wurde, daß für die wenig Stimmen eingingen. Es mochte eine ordentliche Anzahl sein. In Schneeberg hat der Steiger zu den Vergleuten gesagt: „Heute fahrt ihr eine Stunde eher aus und wählt

— Minkwitz“; weil sie aber das nicht wollten und sich nicht weiter zurecht finden konnten, haben sie gar nicht gewählt.

Wir bitten um fernere Mittheilung der vorgekommenen Wahlumtriebe. Manches, was uns aus dem 19. Bezirk zugehendet worden ist, können wir noch nicht veröffentlichen, weil genaue Orts- und Personenbezeichnungen fehlen; wir bitten das Fehlende zu ergänzen.

Der Wahlprotest muß alle Thatfachen möglichst genau enthalten und mit detaillirten Angaben versehen sein. Freilich für einen Mann mit geradem Verstande und mit einigem Sinn für Recht wird schon aus den Dubenden von Thatfachen, die wir bis jetzt angeführt haben, klar sein, wie der gefangene Vertreter des 19. Bezirks nicht mehr gewählt worden, wie die Minkwitz'sche Majorität zu Stande gekommen ist. Wird Herr Dr. Minkwitz kein Bedenken tragen, ein Mandat in die Hand zu nehmen, das so tief in den Schmutz der Gewaltthätigkeit und Lüge getaucht ist? Will Herr Dr. Minkwitz gerne zu einer typischen Figur unserer „offiziellen Kandidaturen“ werden? U. A. w. g.

An die demokratischen Wähler des 19. Wahlkreises.

Die entscheidende Stunde hat geschlagen. Die Gegner haben mit ihren . . . Mitteln den Sieg unsers alten treuen, ehrlichen Parteigenossen bereitet. Wir konstatiren, indem wir dem Wahlkreis einen auf Thatfachen gegründeten Protest vorbehalten, feierlich, daß der Gewählte nicht das Vertrauen der gesammten Wähler hat, sondern nur eine kleine Majorität hat sich müssen beeinflussen lassen, ihre Rechte, ihre Pflichten zu verleugnen und dadurch ihre Stimme dem Gegner zu geben. Die Mehrzahl der Bewohner des Erzgebirges, obwohl gut demokratisch gesinnt, mußte doch — um nicht ihrer Nahrung verlustig zu werden — sich die Hände binden lassen. — Allen Wählern unserer Partei rufen wir zu: fest und treu zu halten an unserm Programm, sich fürder nicht mehr beeinflussen zu lassen. Einst werden wir siegen.

Herzlichen Dank sagen wir schließlich den Ortschaften, welche fest und einig zusammenstehend für unsern Kandidaten stimmten. Bleibt auch in Zukunft standhaft, treu und ehlich! Im Namen der demokratischen Partei zu Mülsen St. Nicola!

M. W.

Politische Uebersicht.

Noch ist das Pulver der Friedensfeier nicht verfliegen, und schon beginnt im Innern der Kampf, nicht um Ruhm und eiserne Kreuze, sondern — ums Dasein.

In Berlin fand am Montag in der Centralhalle eine aus ca. 300 Köpfen bestehende, zumeist von Gefellen besuchte Schuhmacher-Versammlung statt, welche sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Als unumgänglich notwendig wurde von den Gefellen eine Lohnerböhung um 15 bis 25 pCt. bezeichnet, wobei man jedoch von dem Grundsatz ausging, daß dieselbe nur und ausschließlich auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zwischen Meistern und Gefellen anzustreben sei, da eine Arbeitseinstellung bei den bis ins Aeupferste dezentralisirten Verhältnissen des Schuhmachersgewerks ganz unmöglich sei. — Schließlich setzte man eine Kommission von 11 Personen ein, welche wegen der Lohnerböhung mit der Meisterinnung verhandeln und zugleich die Schritte berathen soll, wie der Konkurrenz von Seiten der sogenannten Bazare und Buchthäuser entgegenzutreten sei.

Auch die Weißgerber in Berlin haben Strike gemacht. Dieselben verlangen Herabsetzung der Arbeitszeit von 13 auf 12 Stunden und eine Lohnerböhung von 20 Prozent.

Die Seiler in Stettin haben die Auswanderung eines Theiles ihrer Kollegen nach Ausland benugt, um eine Lohnerböhung von einem Thaler (bisher 3 und 3 1/2 Thlr.) und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich zu verlangen. Die größeren Fabrikanten sind bereits auf diese Forderungen eingegangen. Auch sämtliche Bodnarbeiter der Berlin-Stettiner Eisenbahn haben eine Lohnerböhung beantragt.

Für die Zahl der früher und jetzt für die verschiedenen Parteien in Sachsen abgegebenen Stimmen stellt sich das Verhältniß folgendermaßen: Beim konstituierenden Reichstage im Frühjahr 1867 wurden abgegeben: 155,757 Stimmen für Bundesstaatliche, 117,252 Stimmen für Liberale, 32,849 Stimmen für Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten und die Liberalen zusammen erreichten also noch nicht die Stimmen der Konservativen. Diesmal wurden abgegeben: 107,278 Stimmen für Liberale, 58,235 Stimmen für Bundesstaatliche, 42,323 Stimmen für Sozialdemokraten. So berichten verschiedene Blätter. Uns scheint letztere Ziffer ungenau und zu niedrig. Unsere Addition ergibt für die Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen 48—50000.

Die Angabe dänischer Blätter, daß Graf Bismarck die Rückgabe Nordschleswigs verprochen habe, unter der Bedingung, daß Dänemark dem Zollverein beitrete, hält der „Standard“ im Allgemeinen nicht für wahrscheinlich und er meint am Schlusse einer längeren Ausführung, in der dies dargelegt wird: „Wir hoffen um Dänemarks wie um Deutschlands willen, daß der Kaiser und Graf Bismarck sich wirklich entschlossen haben, Dänemark einen Vorschlag zu machen, der der bezüglichen Clausel im Prager Frieden in billiger Weise Rechnung trägt. Die politische Ruhe Dänemarks und die Ehre Deutschlands

verlangen es, daß die Frage beigelegt werde. Mit dem Siege über Frankreich ist die letzte deutsche Entschuldigung für die Weigerung, diesen Akt der Gerechtigkeit zu erfüllen, das französische Einfluß die Einführung der Clausel in den Vertrag veranlaßt habe, gehoben.“ Der „Standard“ hofft vergeblich, „Unsere Ehre“ verlangt nicht Verträge zu halten. „Unsere Ehre“ fordert Kriege, Siege, Annerion. Nicht nur, daß wir Schleswig behalten, wir wollen auch Helgoland nehmen. Die deutschen Vierdemänner haben bereits das Federgeplänkel eröffnet.

Die Pariser machen sich den Scherz, unseren franzosenfresserischen deutschen Professoren ein Paket Briefe zu präsentieren, die die wüthendsten derselben einst an den Kaiser schrieben und die man jetzt unter den zurückgelassenen Papieren desselben ausgewählt hat. Wir schämen uns für die deutschen Hochschulen, die Briefe abjudrucken, die Allem, was würdige Professoren heute an Knechtsinn und hündischer Sprichwelleckerei gegenüber dem deutschen Kaiser leisten, ganz ebenbürtig zur Seite stehen. Namentlich gilt dies von den Briefen der Professoren Rommsen und Rietschl.

Der Knechtsinn scheint eben in Europa immer mehr überhand zu nehmen, während man sich jenseits des Ozeans bereits von Vorurtheilen frei macht, die selbst bei unseren „Gebildeten“ kaum verdrängt werden dürfen, wie z. B. Ueberhebung eines Geschlechtes über das andere, einer Rasse über die andere, und der himmlische Unsinne der Kirchensekten. Die Wirkungen dieser entgegengesetzten Entwicklung beider Erdhälften sind unverkennbar. Europa versinkt immer tiefer in Schulden; Nordamerika zahlt jede Woche Millionen von der feinjigen zurück. Europa erfindet jährlich neue Steuern, der Kongreß in Washington schafft die Thee- und Kaffezölle ab!

Die politischen Kreise Schwedens nicht weniger wie die preußische Presse beschäftigt noch immer der Brief, welchen der König von Schweden Mitte Dezember an einen gefangenen französischen Offizier Major Bervoiers nach Erfurt geschrieben haben soll. Dieser Brief soll angeblich von dem schwedisch-norwegischen Minister in Berlin Herrn Dün weiter befördert worden sein, hat aber seinen Bestimmungsort nicht erreicht, sondern ist den preußischen Behörden in die Hände gefallen. In Stockholm erzählt man sich, daß der Brief die lebhaftesten Sympathien für Frankreich, die größte Feindseligkeit, ja Drohungen gegen Preußen enthält, daß der König bedauert, er könnte den Franzosen nicht zu Hilfe kommen und mühte mit seinen Unterthanen das Brod des Friedens essen, weil er nicht gerüstet wäre, inzwischen rüste er eifrig und mit Macht, der Tag der Rache wäre nicht mehr fern u. dgl. m. In den Hofkreisen begnügt man sich ganz einfach damit, die Existenz oder wenigstens den Ursprung des Briefes von der Hand des Königs wegzuleugnen; der König wäre mit keinem einzigen Offizier so bekannt, daß er einen Handbrief an ihn schreiben würde, und daher wäre derselbe untergehoben, oder es fände eine Verwechslung statt. In gewissen bürgerlichen Kreisen Schwedens ist man einfach mit den vom König ausgesprochenen Ansichten einverstanden, das eigentliche Volk aber will, wie überall, den Frieden.

In Hawthorne (Newcastle-on-Tyne) ist Strike in einer großen Maschinenfabrik, an dem gegen 1000 Arbeiter betheiligt. Man verlangt 14 tägige Auszahlung des Lohnes.

Die Pontuskonferenz in London ist beendet. Das Schlußprotokoll ist ein lächerliches Denkmal der Unfähigkeit der englischen Staatsmänner, sowie Beuiss und Konforten. Rußland hat zugegeben, im Prinzip Unrecht zu haben, wogegen die anderen Mächte ihrerseits erklärt haben, daß sie gegen Rußlands „in Prinzip“ ungerechtfertigten Ansprüche auf die Beherrschung des Schwarzen Meeres durch eine Kriegsstotte, die ihm seit dem Frieden von 1856 verboten war, nichts einzuwenden hätten!

Die in Bern tagende Kommission zur Berathung der Reform der schweizerischen Bundesverfassung hat die Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vorge schlagen.

In der Züricher Kantonalratsversammlung am 13. März ward von verschiedenen Seiten besonders gegen die eidgenössische Intervention protestirt und zur Untersuchung der jüngsten Vorfälle, sowie zur Einricht in sämtliche Akten eine Kommission von 9 Herren gewählt. Zugleich ward eine vom 13. März datirte Eingabe der Assoziation der internationalen Metallarbeiter verlesen, unterzeichnet von den Herren Eschlibach, Morf und Greulich. Diese Eingabe geht im Wesentlichen dahin: „Die beklagenswerthen Vorfälle haben zu der auch durch die öffentlichen Blätter verbreiteten Verdächtigung geführt, als sei die internationale Arbeiter-Assoziation die Urheberin. Dieses Gerücht ist unwahr und müssen wir gegen dessen Verbreitung protestiren. Noch niemals haben die Internationalen irgend welche Störung hervorgerufen, es hat auch kein Mitglied der genannten Gesellschaft an der Ruhestörung theilgenommen. Wir sind entschiedene Anhänger der jetzigen Verfassung des Kantons, protestiren gegen alle Gemeinschaft mit den Ruhestörungen der letzten Tage, die einen freiheitsfeindlichen und reaktionären Charakter gehabt haben.“

Ein fernerer Beweis dafür, daß die Internationale sich nicht bei dem Tumulte betheiligt hat, ist das Votum des Kantonsrats Kreoser, der selbst Mitglied der Assoziation ist und als solches Verwahrung gegen die verdächtigen Behauptungen einlegte. Er verlangte, daß, wenn kein Mitglied der Internationalen in die Kommission gewählt werde, es doch diesen gestattet sei, von den Akten Einsicht zu nehmen.

Die über die Züricher Vorgänge vom schweizerischen Bundesrath angeordnete amtliche Untersuchung hat, der „Ziff. 33.“ zufolge, folgendes festgestellt:

Die Leiter des deutschen Kommerzes machten davon am 6. März der Polizei Anzeige mit dem Ersuchen, der Feier den erforderlichen Schutz zu gewähren. Alle Informationen, welche die Polizei einholte, lauteten dahin, daß man den Kommerz gewähren lassen werde und keine Störung desselben beabsichtigt sei, und diese Erwartung sprach der Chef der Polizei auch den Festleitern aus. Nichtsdestoweniger traf man alle wünschbaren Sicherungsmaßregeln und hielt auch das Militär (die Bewachungsmannschaft der Internirten) in Bereitschaft. Es war ferner Befehl gegeben, die an den großen Saal der Tonhalle anstehende Restauration, den gewöhnlichen Sammelort französischer Offiziere, am Abend des Kommerzes nur Theilnehmern desselben zu öffnen: unbegreiflicher Weise (warum ist noch nicht aufgeklärt) ward dieser Befehl nicht ausgeführt, und die Polizei fürchtete, ganz mit Recht, daß, wenn sie nachträglich die Franzosen aus der Restauration hinausweise, gerade das der augenscheinlichen Menge einen Anlaß zu Unruhen geben werde. Als dann demungeachtet der Lärm losging, that die Polizei ihr Möglichstes, theils durch Zürnen und Abmahnungen, theils mit Strenge die Störer niederzuhalten; mehrere Polizisten schwelten in Lebensgefahr, einige sind nicht unerheblich verwundet. Aber wenn auch nur Wenige Steine warfen, so widersetzte sich doch die Menge der Umstehenden regelmäßig ihrer Verhaftung, wenn die Polizei dazu schreiten wollte. Der Hauptfehler lag sohin, als Militär zu Hilfe zu kommen, in der mangelhaften Leitung desselben; der Platzkommandant Oberst Heß — so legt man diese Käfigkeit aus — wollte nicht durch energisches Einschreiten sich unpopulär machen, und den Soldaten (Reservisten) war es auch nicht sonderlich um's Dreinschlagen zu thun. So viel aber ist **offenbar** festgestellt, daß von Verabredungen u. dgl. zur Störung der deutschen Siegesfeier keine Spur vorhanden; die Internationale und sonstigen Arbeitervereine, die Slaven, die internirten Franzosen und wen man sonst noch als Urheber und Anstifter beschuldigt haben mag, haben durch die Untersuchung glänzende und vollständige Satisfaktion erhalten. Der „Deutschenhaß“, der in neuester Zeit durch politische Befürchtungen und Antipathien genährt worden ist, war vielmehr der einzige Beweggrund, der die Zusammenhäufung der Menge vor der Tonhalle herbeiführte, und das Weitere entwickelte sich zufällig, wie es in erregten Volksmassen der Fall zu sein pflegt. Die von diesem ersten Austritt her Verhafteten sind auch fast Alle bürgerlich unbescholtene Männer; erst bei den Stürmen auf die Strafanstalt und das Rathhaus am Freitag und ganz besonders am Samstag Abend, drängten sich gefährliche Elemente, denen eine Evacuirung der Strafanstalt ein ganz besonderes Interesse darbot, an die Spitze und nahm zugleich die Bewegung einen auf Umsturz der Regierung gerichteten politischen Charakter an. Es wurde eine wunderlich komponirte Liste einer neuen Regierung mit dem Namen des Pamphletisten Locher an der Spitze herumgeboten. Am 10. März (Marktag) zirkulirte das Gerücht: die Regierung trage an Allen Schuld, denn der Stadtrath habe den Kommerz der Deutschen untersagt, die Regierung aber diesen Beschluß kassirt und den Kommerz bewilligt. An alledem ist kein wahres Wort, aber das Gerücht fand Glauben und wurde von den Marktleuten auf's Land hinausgetragen. Die Regierung vermehrte nun die Truppen, aber unter diesen zeigte sich einiger Geist der Insubordination, möglicherweise aus Sympathien mit den Ruhestörern entspringend. Nachdem am Abend des 10. die ersten Schüsse zur Abtreibung des Angriffs auf die Strafanstalt gefallen waren, erhielt man Bericht, die Bewegung sei im Wachsen, „herunter mit der Regierung“ überall das Losungswort. Die Stabsoffiziere, welche die Regierung zu Rathe zog, empfahlen, da sich die Lage immer drohender zu gestalten schien, nachdrücklich Herbeiziehung eidgenössischer Truppen. In Bern aber waren gleichzeitig noch andere diplomatische Einflüsse thätig, welche durch übertriebene, von Deutschen in Zürich der Gesundheitszustand zugetragene Darstellungen und Gerüchte von den Vorfällen in Zürich ein Bild entwarfen, welches die wirklichen Gefahren übermäßig vergrößerte. Der Bundesrath seinerseits interpretirte, wohl nicht ungerne, das Begehren um „eidgenössisches Aufsehen“ im Sinne eines Begehrens um eidgenössische Dazwischenkunft und Okkupation, überschätzte die Dimensionen der zürcherischen Unruhen und warf sofort eine überflüssig starke Truppenmacht nach Zürich, — und obwohl ein solches Einschreiten des Bundes die Regierung nicht gewollt und nicht begehrt hatte, machte man wieder in der öffentlichen Meinung die Regierung allein dafür verantwortlich, daß sie den Schimpf einer solchen Intervention über Zürich gebracht habe. — In den letzten Tagen hat nun der Bundesrath die Besatzungstruppen bedeutend vermindert und, da in Zürich vollkommene Ruhe herrscht, wird wohl bald die ganze eidgenössische Intervention ein Ende nehmen. Eine unvermeidliche Folge bleibt aber die, daß die Untersuchung gegen die Angeklagten (etwa 70 sind verhaftet) Sache der Bundesjustiz bleibt und Dinge, die von Seiten der kantonalen Justiz mit einer polizeirichterlichen Verhandlung zu erledigen gewesen wären, nunmehr mit all der Weitläufigkeit eines Verfahrens vor einem eidgenössischem Geschwornengericht behandelt werden müssen.

Napoleon hat von Wilhelmshöhe aus gegen den Beschluß der Konstituante, der ihn und seine Familie des Thrones verlustig erklärte, einen feierlichen Protest erlassen. Es ist dies ein billiges Vergnügen, das sich von jeher alle weggejagten Landesväter, von Tarquinius Superbus, mythischen Angehörigen, bis zum Kartäthenskönig Franz, der frommen Isabella und dem Brecheisen-Kurfürsten gegönnt haben und das auch wir ihnen und allen ihnen Gleichenden herzlich gönnen. Auch daß Napoleon sich auf die Fügung Gottes u. dgl. beruft, kann höchstens ein mitleidiges Achselzucken hervorrufen. Aber in einem Punkte können wir dem glücklich beseitigten Kaiser nur Recht geben. Er hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß nicht die gewählte Volksvertretung Frankreichs kompetent ist, ihn abzusetzen, sondern nur das französische Volk selbst, das ihn durch Plebiszit (Volksabstimmung) zum Kaiser gewählt und mehrmals bestätigt hat. Freilich waren diese Plebiszite ungefähr ebenso zu Stande gekommen, wie die kaiserlichen Wahlen in Frankreich und Deutschland. Aber das ändert an der Thatsache nichts, daß die öffentliche Gewalt in Frankreich sich auf direkte Aeußerungen des Volkswillens berief

und nicht auf indirekte, durch gewählte Vertreter. Wäre es also den Mitgliedern der Mehrheit der Konstituante um die Aufrechterhaltung der französischen Republik zu thun, so müßten sie — und an dem Erfolg kann nicht gezweifelt werden — das Volk direkt über die Frage, ob die Napoleons abzusetzen oder nicht, Beschluß fassen lassen. Dann war Napoleon mit seiner eigenen Waffe geschlagen. Aber das thun sie nicht. Sie wollen Napoleon abgesetzt haben, damit auch sie wieder Jemand auf den Thron setzen können! Sie stellen sich damit über das Volk und suchen das öffentliche Recht Frankreichs um 20 Jahre zurückzuschrauben.

Die Absichten sind recht hübsch, aber glücklicherweise fehlt die Macht, sie durchzuführen. Die Macht Frankreichs liegt nicht in den zerstreuten Dörfern, deren Bewohner, künstlich verblendet und verdummt vom Kaiserthum, ihr Wahlrecht benutzten, um Reaktionäre zu wählen. Die Macht Frankreichs liegt in Paris, Lyon, Marseille, Nantes, Montpellier und den andern großen Städten, und in diesen Städten weht die rothe Fahne der sozialdemokratischen Republik; ihre Bewohner sind Sozialrepublikaner, wie ihre Vertreter in der Konstituante, und sind nicht nur mächtig durch ihre große Zahl, ihre Intelligenz, durch ihre Begeisterung und durch den Druck der Nothwendigkeit, die sie zwingt, für ihre Familie zu sorgen, indem sie die Republik verteidigen, sondern weil sie Flinten und Kanonen haben. Diese sind ihre Verfassungsgarantien und deshalb weigern sie sich, dieselben herauszugeben. Mit Recht bestreiten sie den Gewählten vom 12. Februar, die nur gewählt waren, Frieden zu schließen, das Recht, die Souveränität der Wähler sich anzueignen. Sie verlangen: 1) die Wahl einer Volksvertretung behufs der Verfassungsberatung, 2) die Rückkehr der Regierung nach Paris, und 3) ihren Sold als Verteidiger der Republik, bis sie ihre friedlichen Arbeiten wieder aufnehmen können. Die Gegenstände sind natürlich aufs Äußerste angespannt, die Unterdrückung der sechs entschiedensten Blätter von Paris hat noch Del ins Feuer gegossen, und jeder Tag kann uns die Nachricht von einem Attentat der Bourgeois- und Militärpartei auf die Republikaner bringen.

Der „Times“ wird aus Paris vom 13. telegraphirt: „In Belleville und den anderen unzufriedenen Vierteln herrscht wegen Unterdrückung der sechs Zeitungen (die übrigens von allen anderen Blättern scharf getadelt wird) große Aufregung. Rothe Maueranschläge fordern die Truppen zur Reuterei auf. Fast einstimmig verdammt die Pariser Presse die heftigen Szenen, welche die letzte Sitzung der Nationalversammlung in Bordeaux kennzeichneten. — Die Militärbehörden stellten dem Maire von Montmartre die nöthigen Pferde zur Verfügung, um die Geschütze in die von der Regierung bestimmten Parks zu bringen.“ Die Nationalgarde gab die Geschütze jedoch nicht heraus.

„Die Kanonen von Montmartre“, schreibt das „Journal des Debats“, sind heute besser bewacht als je. Posten standen an jeder Ecke der Straße, welche den Gipfel des Berges durchschneidet, und ein Gordon war über den Abhang gezogen, der auf die Place St. Pierre herabbiegt. Mann kann sich weder der Wälle von La Galette noch den Thoren von Solferino nähern. Da man in den Umgebungen Artilleristen, von der Linie sich herumdrehen sah, so schloß man daraus, daß ein Angriff vorbereitet würde. Der Rappel wurde in Montmartre und in Batignolles gelassen und Abtheilungen des 54., 61. und 154. Bataillons entschlossen sich, ihre Wachsamkeit zu verdoppeln. Um drei Uhr läßt ein Offizier die Neugierigen, welche sich über den Kirchenplatz herangedrängt hatten, wieder entfernen, was ohne Widerstand ausgeführt wird. Wie wir hören, sind die freiwilligen Artilleristen heute mit Munitionen versehen und entschlossen, den Platz zu verteidigen.“

Die der äußersten Linken angehörigen Abgeordneten von Paris veröffentlichten folgende Erklärung:

„Ehrene Mitglieder! Der Bericht der Sitzung vom 10. März hat Euch gesagt, wie eindringlich wir darauf bestanden haben, daß die Nationalversammlung nach Paris verlegt werden möge. Es verlangte uns gar sehr, wieder in Eurer Mitte zu sein. Wir haben wenigstens dazu beigetragen, das Projekt zu vereiteln, demzufolge die Stadt Fontainebleau der Versammlung als Sitz angewiesen werden sollte. Es braucht nicht erst hinzugefügt zu werden, daß, wenn man später den provisorischen Aufenthalt in Versailles in einen definitiven umwandeln wollte, dieser Eingriff in das Recht der Stadt Paris, der einzig möglichen Hauptstadt Frankreichs, bei uns auf einen unbedingten Widerstand stoßen würde. Einzuweichen und im Hinblick auf den lästigen Zustand, in welchen das Kaiserreich Frankreich verlegt hat, halten wir es für notwendig, Alles zu vermeiden, was zu Aufregungen Anlaß geben könnte, aus welchen unheilbar unsere politischen Segner und Duper noch auf dem Boden Frankreichs lagernde Feinde Nutzen ziehen würden. Wir erachten ferner, daß unser Verbleiben auf dem Boden, den Eure Stimmen uns angewiesen haben, nicht unnütz sein mag, mag es sich nun darum handeln, die Republik zu befestigen oder sie zu verteidigen. Die Republik unversehrt zu erhalten und die Befreiung des französischen Bodens zu beschleunigen, das sind die beiden großen Interessen des Augenblicks. Die Republik! Wir wollen ihr dienen, indem wir auf der Verbleiben bleiben, bis die gegenwärtige Nationalversammlung, die nur ernannt ist, um die Frage, ob Krieg oder Friede zu entscheiden und die mit dieser Entscheidung zusammenhängende Angelegenheiten zu erledigen, einer konstituierenden Versammlung Platz macht. Frankreich! Wir wollen ihm dienen, indem wir uns vor Allem hüten, was geeignet sein könnte, Konflikte herbeizuführen, über welche wir wiederholen es, unsere inneren und äußeren Feinde nur allzu sehr sich zu freuen Grund hätten. Dies ist, theure Mitglieder, die Richtschnur, die wir uns gezogen haben. Wir hoffen, daß Ihr sie gut beibehalten werdet. Pégar, Conrad Adam, Edgar Doinet, Schölicher, Langlois, Henri Dufour, Greppe, Tolain, Gambon, Lokroy, Jean Brunet, Flequet, Tirab, Clemenceau, Martin Bernard, Farcy, Louis Blanc.“

In Spanien fangen selbst die Bajonette an zu denken. Es dürfte von Interesse sein, an dieser Stelle die Stimmung der Hauptstädte des spanischen Königs, des Heeres, zu ergründen: wir haben leichte Arbeit. Die „Aqualda“ theilt uns folgenden charakteristischen Vorgang mit: „Am 29. Jan., dem Tage, welchen Amadens I. zur allgemeinen militärischen Eidesleistung in Spanien bestimmt hatte, waren 3 Uhr Nachmittags auf dem Plage vor der Kavalleriekaserne in Sevilla alle dort liegenden Truppen, Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Jäger, Civilgarde und Carabineros, versammelt. Um 4 Uhr erschien der General-Capitän, gefolgt von dem ganzen Stabe, und sofort schritt man zur Verlesung der Eidesformel, die jedes einzelne Bataillon, der Reihenfolge nach, in üblicher Weise zu beschwören hat. Doch schon das erste (Jäger) Bataillon antwortete auf die von dem General-Capitän deshalb gestellte Aufforderung ein einstimmiges „Nein“, — ebenso das zweite (Infanterie) und dritte (Kavallerie). Mit Umgehung der weiteren Linientruppen wandte sich nun der General-Capitän an die Civilgarde und Carabineros, als diejenigen Körper, deren er am sichersten zu sein glaubte; doch auch hier verhall-

ten einzelne „Ja“, die sich aus einem brausenden Stimmengewirr lösten, in dem hundertfältig sie überhörenden „Nein“, — so daß der General-Capitän von jedem weiteren Versuche, dessen Rüstlingen er voraus sah, Abstand, und ohne weder die Artillerie, ohne das noch übrige Husarenregiment der Kavallerie zum Schwure aufzufordern, mit seinem Stabe sich zurückzog. Die Truppen theilten sich in einmüthigster begeisterter Stimmung und unter dem Beifalljauchzen der Menge in ihre verschiedenen Kasernen. — Ruhestörungen kamen nicht vor. — Die Regierung in Madrid aber hat alle Ursache diesen Akt offener Auflehnung im Militär mindestens ebenso schwer in die Waagschale ihrer politischen Chancen fallen zu lassen, wie die republikanischen Wahlagitationen, über deren Resultate namentlich in den südlichen Provinzen die günstigsten Nachrichten einlaufen. Ob in Deutschland auch einmal die Bajonette denken lernen werden?

Nachricht: Das Attentat in Paris ist verfehlt, aber glänzend zurückgewiesen worden! In der Nacht vom 18. auf den 19. ließ die Regierung durch einen militärischen Handstreich einige Kanonen aus dem Stadttheil Montmartre entwenden und 400 Nationalgardisten, die protestirten, verhaften. Am 19. Morgens rückten die Nationalgarde-Bataillone von Belleville vor das Gefängniß und befreiten sämmtliche Gefangene. Beim Anmarsch trugen sie die Gewehre mit den Kolben nach oben, zum Zeichen, daß sie keinen Kampf wollten. Die Soldaten des General Binoch, die um den Stadttheil Montmartre herum aufgestellt waren und die auf die Straßen von Montmartre gerichteten Mitrailleur bewachten, diese Soldaten verstanden das Zeichen der Nationalgardisten, fielen denselben als Brüder in die Arme und übergaben ihnen ihre Kugelsprigen. Ein Lieutenant, der das Volk mit dem Säbel bedrohte, wurde vom Volke getödtet. Damit war der erste Angriff abgeklungen, und zum weiteren Schutze des republikanischen Lagers strömten nun von allen Seiten die Pariser Arbeiterbataillone nach Montmartre, alle die Gewehrkolben nach oben haltend, mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“

Der zweite Angriff auf das Volk erfolgte nunmehr von allen Seiten, wurde aber in kurzer Zeit abgewiesen. Ueberall verbrüderten sich Linie und Nationalgarde. Zwei Generale, Thomas und Lecocq, wurden erschossen. Die Regierung Thiers' ist gesprengt, ein Theil der Mitglieder ging nach Versailles, fand aber auch dort die republikanische Partei wach und auf dem Posten.

In Paris hat sich eine neue provisorische Regierung gebildet, unter deren Mitgliedern sich Barlin, Aÿd, Tolain und andere Parteigenossen befinden. Die neue Regierung erklärt, den Frieden und die Ordnung, aber unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Republik zu wollen, und schreibt neue Wahlen zur Konstituante und zu den Kommunalvertretungen aus.

Nach den neuesten militärischen Nachrichten scheint Bismarck und seine Partei den Krieg zur Unterdrückung oder Schwächung der französischen Republik wieder aufnehmen zu wollen. Wird das deutsche Volk sich dazu hergeben?

Zur Widerlegung der gehässigen Lügen, welche der Leipziger Spiegel der „Magdeb. Ztg.“ jüngst über Bebel, Liebknecht und Deyner verbreitete, hat der Verteidiger derselben, Herr Rechtsanwält Freytag zu Leipzig, folgende Erklärung in der „Zukunft“ veröffentlicht:

1) Es ist nicht wahr, daß die genannten Herren wegen Landesverrath oder Vorbereitung zum Landesverrath in Untersuchung sind; die Anklage richtet sich lediglich auf Vorbereitung zum Hochverrath; sie findet dieses Vergehen namentlich in der Agitation der Herren Bebel und Liebknecht, welche die Errichtung eines Volksstaats, d. i. einer Republik erstrebten, und welche wußten, daß eine solche in Deutschland nur mit Gewalt zu erreichen wäre, sowie in dem Verkehr der Angeklagten mit dem Ausschusse in Braunschweig und wieder einiger Mitglieder des Ausschusses mit Marx u. s. w. Das Verhalten Bebel's und Liebknecht's während des letzten Krieges ist weder Gegenstand der Anklage noch der Untersuchung; es kommt nicht einmal nebensächlich in Betracht. Der ganze Prozeß ist der Arbitersprozeß in Wien. Nur daß bei letzterem die Dezemberdemonstration hinzugekommen war.

2) Die Untersuchung gegen die Angeklagten ist seitens des Untersuchungsrichters mit der nur möglichen Beschleunigung geführt worden. Daß dieselbe dennoch so lange gedauert hat, liegt in der Natur der Sache. Aus einer ungeheuren Masse von Zeitungen, Papieren, Werken waren die einzelnen gravirenden Momente herauszubeden, ebenso wie alle von den Angeklagten gestellten, auf die Untersuchung bezüglichen Anträge erledigt worden sind. Die Kommunikation mit Braunschweig hat ebenfalls viel Zeit hinweggenommen. Die Untersuchung ist aber nunmehr geschlossen, und, wenn — wie voraussichtlich — die Staatsanwaltschaft bei der Anklage beharrt und die Anklagekammer dem Antrage des Staatsanwalts stattgibt, so werden — wie mir zugesagt worden ist — die Geschworenen im Monat April in außerordentlicher Zusammenberufung über den Fall zu urtheilen haben.

3) Es ist eine dreiste Unwahrheit der Magdeburger und der Deutschen Allgemeinen Zeitung, daß Staatsanwalt und Untersuchungsrichter gegen eine — etwa vom Reichstage verlangte — Haftentlassung opponiren würden. Der Herr Untersuchungsrichter hat mir im Gegentheile auf meine Anfrage erklärt, daß er jetzt, nachdem die Untersuchung geschlossen sei, gar keinen Grund habe, der Freilassung Bebel's — wenn sie vom Reichstage beschlossen wird — zu widersprechen oder auf eine etwaige Anfrage seitens einer Deputation oder eines Berichterstatters des Reichstages sich gegen die Freilassung zu erklären. Ich glaube versichern zu können, daß auch die Staatsanwaltschaft, welche ebenso wenig wie der Untersuchungsrichter die Untersuchung vom Parteipunkte aus behandelt, durchaus kein Bedenken gegen Bebel's Entlassung erheben wird.

In Nr. 63 des vorigen Jahrgangs des „Volksstaat“ wurde Herr Stiegler in Ehemünz beschuldigt, die Cigarrenarbeitergenossenschaft und die Schneidergewerkschaft beschwören zu haben. Hr. Liebknecht, als Redakteur des „Volksstaat“ zur Verantwort-

tung gezogen, nannte den Namen des betr. Korrespondenten nicht. Die eine jener beiden Beschuldigungen erwies sich als auf Verwechslung mit einem anderen Stiegler beruhend und wurde bereits in Nr. 76 des „Volksstaat“ zurückgenommen. In Bezug auf die andere Beschuldigung hat sich dasselbe herausgestellt. Hr. Liebknecht erkannte dies auch an und mußte lediglich deshalb auf Zeugenvernehmung bestehen, um zu beweisen, daß er jene Beschuldigungen nicht leichtsinnig veröffentlicht.

Im Namen Herrn Liebknechts nehmen wir auch die zweite Beschuldigung förmlich zurück und bedauern aufrichtig, daß der Privatcharakter des Hrn. Stiegler im „Volksstaat“ unbegründeterweise angegriffen worden ist.

Herr Liebknecht hat bereits vor 2 Monaten diesen Auftrag aus dem Gefängnis heraus erteilt, die Redaktion hat indeß geglaubt, mit der Veröffentlichung dieser Erklärung bis nach den Wahlen warten zu müssen, da dieselbe sonst von der bekannten Perside der Nationalliberalen jedenfalls bei den Wahlen wäre ausgebeutet worden.

Die Parteigenossen in Wurzen, Zittau, Schneeberg, Reusstädtel, Schwarzenberg, Annaberg und Hartenstein werden um Mittheilung genauer Adressen eines Vertrauensmannes der Partei gebeten, da die Adressen, die der frühere Ausschuß hatte, nicht zur Hand sind.

Eine kaiserliche Wirthschaft.

(Nach Aktenstücken.)

Die Briefe und sonstigen Papiere der Napoleonischen Familie und Clique, welche von einer Kommission der Nationalverteidigung herausgegeben wurden, sind zwar schon vielfach in Auszügen mitgeteilt und darnach beurtheilt worden; aber die ganze Reihe von Dokumenten, wie sie jetzt in acht kleinen Broschüren von je 32 Seiten vorliegen, machen doch noch einen ganz anderen Eindruck, als die bekannt gewordenen Bruchstücke daraus. Sie sind zusammen jetzt ein geschichtliches Aktenstück, „absolut amtlich und unpersönlich, bloß im Interesse der Wahrheit herausgegeben“, wie die Commission in der Vorrede versichert. Das ist insofern richtig, als nirgends Bemerkungen irgend einer Art hinzugefügt werden.

Das älteste Aktenstück Nr. 50 ist eine Proclamation vom Jahre 1848 an die Wähler Frankreichs für den damaligen Prinzen Louis Napoleon. Sie wurde in 40,000 Exemplaren vertheilt und ein alter Offizier der kaiserlichen Armee bezahlte Alles, da Napoleon selbst gestanden hatte, er habe kein Geld. Die Nummer vorher enthält drei Briefe von 1850 und 1851 an den Privatsekretär Napoleons, Moquard, über eine Anleihe von 80,000 Thalern. Ein Brief vom 2. Dezember 1851 von Rouher und Fould an die kaiserliche Druckerei verlangt, daß ihre mißbräuchlich unter ein Dokument gedruckten Namen aus- gelassen werden sollten. Die beiden treuesten Diener des Kaiserreichs hatten damals also noch Furcht; sie warteten erst auf den Erfolg.

Nr. 54 ist eine Liste der Dezember-Proschriftirten, nicht weniger als 26,642 Personen. Die meisten wurden bloß eingestrichelt, wieder freigelassen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Von den 6153 Verurtheilten kamen 173 nach Cayenne, 4042 nach Algerien, 1342 in französische Gefängnisse und 614 waren Häftlinge. Todesstrafen sind nicht erwähnt. Von demselben Jahre finden wir noch ein Dankschreiben der berühmten Berggisterin Madame Lafarge an den Präsidenten Louis Napoleon wegen großmüthiger Begnadigung.

Es folgen nun ungeheure Geldsummen zur Reinigung der schmutzigen Wäsche, die sich wieder und immer wieder bei Miß Howard, der nachherigen Gräfin v. Beauregard, aufhäufte. Sie scheint ihr ganzes Vermögen ihrem Anbeter für Ausführung des Staatsstrafes geopfert zu haben. Aber hernach fand sie gar kein Ende in Eintreibung von Zinsen und Kapital. Der mit Hilfe ihres Geldes gelassene Präsident zahlte ihr binnen zwei Jahren anderthalb Millionen Thaler, und doch fordert sie schon nach einigen Monaten im schlechtesten Französisch von dem Vater ihres Kindes, dem Kaiser, wieder 90,000 Thaler. So viel kann ein uneheliches Kind kosten. Freilich den unzweifelhaft ehelichen Lulu hatte er nie so billig. In Nr. 14 lesen wir offiziell, was so eine kaiserliche Geburt und Taufe in's Geld lief. Die Taufe mit Wasser kostete nämlich nicht mehr als über 200,000 Thaler, wobei auch Posten für Dichter und Schauspielere eine Rolle spielen. Die Feuertaupe, welche der Herr Vater mit ihm gleich zu Anfang des Krieges vornahm, wird allerdings noch viel kostspieliger, und die Franzosen werden vielleicht ein halbes Jahrhundert oder noch länger brauchen, um die Rechnung allmählich abzu zahlen.

Auch Nr. 23 ist nicht übel. Es ist eine Konditorrechnung über 50 Thaler für 12 Duzend Bonbonschachteln, die der Kaiser seinem General de Failly geschenkt hatte. Derselbe tapfere Soldat hatte 1858 binnen fünf Monaten auf Rechnung seines Kaisers für mehr als 300 Thaler überzuckerte Pflaumen gelutscht, wie es aus einer mit Bleistift geschriebenen Anmerkung auf einer dieser Rechnungen ersichtlich war.

Auch der schwarze Peter Bonaparte hat einige nicht üble Nummern und zwar in Geld- und Schiefangelegenheiten. Einmal bittet er seinen kaiserlichen Cousin um 3000 Francs monatlich. Cousin schreibt an den Rand: Moquard refuser poliment. (Der Sekretär Moquard solle höflich ablehnen.) Er bekam eben so wenig hinlängliche Vorschüsse als Schüsse für seine unerfüllliche Jagd- und Nordluft.

Der Brief Maximilians an Napoleon vom 20. Oktober 1865 klingt als Dank des Kaisers von Mexiko an den Kaiser von Frankreich in dem Lichte der jetzigen Zeit wahrhaft entsetzlich. Auch die Dandon-Affaire mit siebenzehn Verhaftungen wird durch anderweitige Beweise von Wiederbelebung der berühmten Lettres de Cachets (Verhaftbefehl) von Gebrauch der Irrenhäuser zu Bastillen zu einer der furchtbarsten Anklagen gegen die ganze Kaiser- und seine Cliquenwirthschaft. Hierher gehört auch das schwarze Cabinet mit Persigny. Es wurde immer geläugnet und hier haben wir die Beweise. Da man Niemandem traute, ist es nicht zu verwundern, daß auch der getreue Persigny unter polizeilicher Aufsicht stand.

Es kommen Geld- und Wechselangelegenheiten Napoleons mit dem Londoner Banquierhause Gebrüder Baring. Danach hatte Napoleon 657,000 Pfd. St. (4 1/2 Millionen Thaler) in verschiedenen fremden Papieren, außerdem nicht weniger als

200,000 Pfd. in Diamanten, 6,000 Pfd. in Uniformen, 60,000 Pfd. für verkaufte Ländereien, im Ganzen etwa 7,000,000 Thlr. irgendwie aus der Civilliste erpart und sicher angelegt. Man traut ihm auch noch anderweitige Ersparnisse zu, wofür sich die Beweise vielleicht erst später finden.

Die sechs Aktenstücke über Bestechung der Presse sind nach der Versicherung der Kommission nur eine mäßige Auswahl von einem Haufen ebenso verurtheilender Dokumente. Am 2. Januar 1866 schreibt Theophile Silvester, Redakteur dreier Journale, seinen speichelkederischen Dank an den Kaiser für eine bewilligte Pension von monatlich 250 Thalern. Ein anderer Redakteur, Sanecco, bietet sich dem Kaiser feil, ihn gegen den Dracanismus zu vertheidigen. Dann eine Rechnung von beinahe 4000 Thalern, welche an die täglich erscheinende Zeitung „Le Peuple“ bezahlt worden war. Auch „Le Pays“ hatte seinen Antheil bekommen. Aus einem ausführlichen Bericht des Ministeriums über die Organisation der Presse in Hinsicht auf die Wahlen vom 15. April 1869 ersehen wir recht deutlich, wie die Regierung das allgemeine Stimmrecht mit Hilfe der erkaufte Journale zu bearbeiten gedachte. Der Minister hatte wenigstens 150 Organe der Presse absolut unter seinen Daumen; aber er fühlte sich noch nicht sicher und schlug deshalb für die nächsten zwei Monate bis zu den Wahlen weitere Maßregeln vor: gemeinschaftliches Handeln der Präfekten, Zeitungseigentümer, Deputirten und Kandidaten, außerdem Herausgabe von 27 neuen Zeitungen in den Provinzen, für welche 33 Lohnschreiber aus Paris ausgesucht werden sollten. Die Kosten wurden auf 30,000 Thaler veranschlagt.

Für die Presse der Departements überhaupt wurden 25,000 Thaler verlangt. Auch für die Entwaffnung der feindlichen Zeitungen wurde geforgt, unter andern durch Gewinnung des Havasmonopols der Telegraphie. Auch das belgische Journal „Le Nord“ versprach Dienste zu thun. Endlich erfahren wir, daß 20 englische und deutsche Zeitungen, „wovon einige ersten Ranges“, zu Diensten standen. Daß die verlangte Summe so weit reichte, verdankt die Regierung der Wohlfeilheit einiger Präfekten und Zeitungseigentümer. Ein Präfekt verlangte für einen Redakteur bloß 120 Thaler. Dabei erfahren wir auch, daß ein Mitglied der Londoner Citypolizei als französischer Spion diene. Sogar die souveräne „Times“ schimmert hier als ein von der kaiserlichen Sonne beschienener Mond.

Im März und April 1867 kommt der schwarze Peter wieder zum Vorschein und will durch Heirath einige seiner Kinder legitimiren; aber der Kaiser schlägt es ab, obgleich ihm schlimmere Resalliancen vorgeworfen werden. Später in demselben Jahre finden wir eine Rechnung über mehr als 90 Thaler für ein Frühstück, das der Kronprinz von Preußen eingenommen.

Im Oktober 1867 machte Rouher einen interessanten Bericht über die verschiedenen Personen, welche bei einer Ministerwahl zu berücksichtigen seien, wobei der unheilvolle Olivier, nicht nur als ein konfusler Kopf, sondern auch als ein Fanatiker mit Strohfeuer, schlecht wegkommt. Und doch wurde er Minister.

Persigny schrieb im Dezember ein anderes Dokument, worin er über die allseitige Zerbröckelung des noch zu krönenden Kaisergebäudes und die Verschwörer, welche in Form einer parlamentarischen Regierung das Kaiserthum untergraben, seinen Mißmuth und seine Verzweiflung ausließ.

Ein Sprung bis zum 28. Oktober 1868. Hier finden wir unter Nr. 58. einen Brief des Generals Ducrot über Madame de Pourtales, welche ihn so oft mit ihren dichterischen Ergießungen über französische und preussische Brüderschaft gelangweilt hatte. Jetzt klang es ganz anders. Die Dame war als eine wahre Cassandra aus Berlin zurückgekommen. Nach ihrem prophetischen Ausspruch würden die Preußen in 18 Monaten den Elß haben und Frankreich in ein zweites Spanien verwandeln. Nichts könne das Schicksal, deren Werkzeug Preußen sei, abwenden. Der General giebt hier auch die angeblich von Molke gethane Aeußerung gegen einen Badenser wieder. Letzterer sollte geäußert haben, daß Baden wenig Sympathie für Preußen habe. Darauf Molke: „Wirklich? Das ist seltsam, denn die Badenser sollten wissen, daß ihre Zukunft in unseren Händen ist und wir wohl bald in der Lage sein werden, ihnen viel Gutes oder auch viel Schaden zu thun. Da wir bald im Stande sind, über Elß zu verfügen, könnten wir durch dessen Vereinigung mit dem Großherzogthum Baden eine herrliche Provinz bilden. Sie würde sich von den Vogesen bis zum Schwarzwalde mit dem herrlichen Flusse in der Mitte ausdehnen, und keine Gegend der Welt würde für Wohlfahrt und Reichthum günstiger gelegen sein.“

In Nr. 59 besteht Ducrot darauf, daß wegen der preussischen Kriegsrüstungen ein besseres Spioniersystem in Preußen und Deutschland organisiert werden müsse. Beweise für allgemeines Mißtrauen, Ueberwachung, Bestechung und Spioniererei finden wir in einem Briefe des Barons Jérôme David. Die Briefe unter Nr. 20 zusammengefaßt, verdächtigen die Richter und Zeugen in dem noch nicht vergessenen Scandalprozeß gegen den schwarzen Schief-Peter wegen Ermordung Victor Noirs.

Run kommen fünf Dokumente über die kaiserlichen Ausgaben. Die Majestät war sehr freigebig gegen seine Verwandten, unter die er jährlich beinahe 4 Millionen Thaler als Pensionen auszahlen ließ. Außerdem erhielt Lucian Murat seit 1852 nicht weniger als ungefähr 2 Millionen Thaler und Madame de Montijo in einem einzigen Vierteljahre 300,000, und das Nadelgeld der Kaiserin hielt sich in der bescheidenen Höhe von monatlich 25,000 Thalern. Und was wurde mit diesen Nadeln Alles genäht?

Es folgen nun verschiedene interessante Telegramme und Schreibbriefe der Herren und Herrinnen des Krieges bis zur Gefangennehmung Napoleons und der Flucht der Kaiserin, lauter schon allseitig bekannte Beweise für das allseitig würdelose, mit keinem Zuge tragische Ende dieses Kaiserreichs.

Es sind schon viele Dynastien, Kaiser- und Königshäuser gestürzt und gefallen; aber niemals und nirgends so plötzlich, so gänzlich ohne Anhang, ohne Freunde und Vertheidiger, ohne würdigen Kampf, ohne jede Spur von tragischer Würde und erhebender Züge für die Zuschauer. — Das zweite französische Kaiserreich endete jämmerlicher als alle — ihm vorangegangenen.

Entgegnung.

Herr Redacteur! In der Voraussetzung, daß die Spalten Ihrer geehrten Zeitschrift ohne Ansehen der Rationalität Jedem geöffnet sind, der Recht und Wahrheit vertritt, wende ich mich an Sie mit der Bitte, die hierbei auf den im „Volksstaat“ Nr. 10 von dem Verfasser der „russischen Briefe“ erschienenen Artikel folgende Antwort gefälligst zu veröffentlichen. Ich hoffe, meine russische Nationalität wird der Veröffentlichung dieser Antwort keine Hindernisse in den Weg legen. — Unter dem Titel: „Gossopodin Eckardt und der selige Nodworny Sso-wjätnik (Hofroth) Alexander Herzen“ ist in der Nr. 10 des „Volksstaat“ ein Artikel erschienen, der gehässige Streiflichter auf die beiden Persönlichkeiten wirft. Man sieht es diesem Artikel sofort an, daß er aus einer Feder geflossen ist, die nur deshalb gegen den „sivländischen Bildungsapostel Eckardt“ so heftig geifert, weil derselbe es gewagt, von dem verstorbenen Herzen das Gegentheil von dem zu behaupten, was der Verfasser der „russischen Briefe“ für wahr und unumstößlich ausgegeben hat. Jeder unparteiische Leser erkennt auf den ersten Blick, daß das Motiv zu diesem Artikel nicht die leidenschaftslose Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe ist, die jeder Kritik zu Grunde liegen muß, sondern daß er aus einem weniger erhabenen und rein persönlichen Gefühle geflossen ist, zu dem die Zeilen: „Was des Herrn Eckardt „erhabener Charakter Herzens“ bei lebendigem Leibe nicht zu thun wagte, z. B. den Doktor Karl Marx anzurufen, das thut seine edle Seele vom Jen-seits“ u. s. w. den Schlüssel geben.

Wohl ist Herzen kein Genie gewesen, wohl hat er kein so weltberühmtes und gemeinnütziges Werk wie das „Kapital“ geschrieben, doch hat er vielleicht mehr gethan als das: seine Worte, seine Worte sind zündender Natur gewesen; sie waren die Posaune, die den Russen aus dem Todesschlaf erweckt hat, in den die Schreckensherrschaft Nikolai's ihn gestürzt hatte, sie haben eine ganze Generation thatkräftiger Revolutionen herangebildet; sie sind kein todtter Buchstabe geblieben. Ein solches „Geschreibsel“ wagt wohl hochberühmte Werke auf, die als Ergebnis hoher Wissenschaftlichkeit glänzen. Für die krankhaften Zustände der Gegenwart thut verständiges, rationelles, kräftiges Handeln noth und dieses ist aus abstrakten Wissenschaften und Theorien nicht zu schöpfen. Deutschland hat viel studirt, hat über Wissenschaften und Theorien gefesselt und gegrübelt, bis es wie Hamlet geworden, der vor lauter Analyse und Gelehrsamkeit seine männliche Thatkraft eingebüßt hatte und die an seinem Erbtheil nagende Fäulniß nicht mehr hemmen konnte. Während die deutsche Jugend mit Theorien aufgefüttert in Bierneipen und Tanzböden ihre Zeit vergeudet und nicht einmal soviel Mühe und lebendiges Interesse für die Gegenwart hat, um an den internationalen Studentenkongressen namhaften Antheil zu nehmen, setzt die russische Jugend für das Wohl ihres Volkes Zeit, Gut und Blut ein, ohne Phrasengepränge und mit einem Ernst, einem Feuerifer, einer Selbstaufopferung und einer Selbstaufopferung, die ihres Gleichen suchen. Wenn man also nachsagen kann, er habe eine Generation thatkräftiger Menschen herangebildet, der ist wahrlich kein Federstücken zu nennen; wenn er aber Revolution nur in seinen Schriften getrieben hat, ohne dabei aus seiner beglückten Ruhe, aus seinem Wohlleben sich stören zu lassen, nun — dieser gerechte Vorwurf trifft Herzen nicht allein, sondern auch andere Häupter revolutionärer Elemente; er wenigstens hatte zu seiner Rechtfertigung eine Jugend aufzuweisen, die unter der Zuchttrute Nikolai's nicht unter die bequemsten und beglücktesten gerechnet werden konnte.

Die Geschicklichkeit Herzens, als politischen Schriftstellers, und die Güte des von ihm Geleisteten kann von dem Verfasser der „russischen Briefe“ keineswegs kompetent verneint werden, da er, wie aus seinen „russischen Briefen“ erhellt, der russischen Sprache kaum oberflächlich und nur insoweit mächtig ist, um sich in derselben unverständlich auszudrücken, daher er auch dem vollständigen Verständniß derselben und einem solchen abschreckenden Urtheil nicht gewachsen ist. — Um nur eins anzuführen, ist z. B. sein Artikel „Brief Retshajeff's“ (Volksstaat, Nr. 22, 1870) ein so klägliches Nachwort, daß es den Leser nicht einmal zum Lachen reizt, sondern eine Empfindung in ihm wachruft, die derjenigen nicht unähnlich ist, welche er bei dem Gezerre eines Affen, der einen Menschen nachahmt, durchzumachen hat. Er zog besten Willens und redlicher Mühe gelangt es nicht, in einige Sätze desselben irgend welchen Sinn hineinzubringen. Ob das für die Jämmerlichkeit des Russengehirns oder für die Jämmerlichkeit des Verfassergehirns bededtes Zeugniß ablegt — das zu beurtheilen überlasse ich jedem denkenden und unparteiischen Leser. Wer aber die Sprache so wenig kennt und sich noch obendrein von persönlichen gehässigen Gefühlen hinreißen läßt, kann ebensovienig ein Urtheil über die Jämmerlichkeit oder Nicht-Jämmerlichkeit des Russengehirns fällen. Der dem verstorbenen Herzen — er war deutscher Abstammung — vorgeworfene Deutschenhaß tritt bei dem Verfasser der „russischen Briefe“ als prägnanter Russenhaß auf, der sich in jedem Ausdruche scharf abhebt. Man braucht nur die Ausdrücke: „russisches Geschlecht, Russengehirn, Russenthum“ u. s. w. gelesen zu haben, um überzeugt zu sein, daß man es hier mit einem Russenhaß vom reinsten Wasser zu thun hat.

Herzen ist zu seinem Deutschenhaß, dem in Rußland mehr oder weniger eine historische Berechtigung zu Grunde liegt, als Patriot viel mehr berechtigt gewesen, als der Verfasser der „russischen Briefe“ zu seinem Russenhaß. Denn abgesehen davon, daß das regierende Herrscherhaus deutschen Ursprungs ist und sein erneuerndes Contingent stets wieder aus Deutschland bezieht, sind die meisten einflußreichsten Aemter Rußlands von Deutschen besetzt, die es sich angelegen sein lassen, das Volk auf die unbarmerzigste Weise zu knechten und auszulaugen. Werfen wir einen Blick auf die dritte Sektion der Geheimpolizei dieses Landes, auf diese Höllenküche der grausamsten Barbarei, so finden wir auch dort meist Deutsche, die am empfindlichsten die Hand aus schändliche Werk legen; ja es ist statistisch zu beweisen, daß von hundert russischen Hentlern und Blutsaugern neunzig davon Deutsche sind. Hat der Verfasser der „russischen Briefe“ ein ähnliches Faktum in Deutschland aufzuweisen? Dienen denn die Deutschen selbst in Deutschland der russischen Regierung nicht als Spür- und Hühnerhund? Wenn man sogar den Artikel „Brief Retshajeff's“ liest, in welchem

der Verfasser viele unnötige Einzelheiten verlangt, könnte man leicht auf den Gedanken kommen, diese Forderung wäre nur im Interesse der russischen Spürpolizei gestellt worden.

Erwägt man das oben Gesagte, so wirft sich dem vergleichenden Verstande die natürliche Frage auf: wessen Hof ist berechtigter, dessen, der sein Volk unter den deutschen Gewalt-häbern geknechtet und unglücklich weiß, oder dessen, dem vorwiegend durch einige wenige russische Individuen Unannehmlichkeiten sehr problematischer und untergeordneter Natur zugefügt worden sind? —

Was den aus dem „Kapital“, Seite 763, angeführten Passus betrifft, den Herzen in seinem jüngst erschienenen Sabornik possmertnych Statei „gerächt“ haben soll, so hat er ein vollkommenes Recht, dagegen zu protestieren, denn wenn er auch stets die Verjüngung des westlichen Europas durch das slavische Element vertrat, so vertrat er doch nie die „Knete“, gegen die er eben sein Leben lang geschrieben und geeifert hat, gegen die alle seine Schriften gerichtet waren, die er aus den Händen der russischen Regierung hat winden wollen.

Man hat Mühe zu glauben, daß dieser Artikel aus der Feder eines Sozialdemokraten geflossen sei, dem doch die Verbrüderung und nicht Verfeindung der Nationalitäten und Völker am Herzen liegen sollte.

Eine Russin.

Unser Strafverfahren. I.

Diese Ueberschrift ist eigentlich unrichtig. Es handelt sich in erster Reihe gar nicht um Strafen, wir haben uns jedoch so tief in die uns aufgedrungenen falschen Vorstellungen verwickelt, daß selbst Menschen, die aus Eigenem denken, sich nur langsam und mühsam davon losmachen können; man ist sogar geneigt, bei Untersuchungen an solche grundsätzliche Vorstellungen anzuknüpfen, weil die Menschen von den richtigen nichts wissen. Ich habe mich mit diesem Gegenstande seit Jahren und sehr eingehend beschäftigt, weil die Stiefkinder der Gesellschaft, die Armen, davon mehr als andere berührt werden, da die Noth die Kupplerin der weissen, doch nicht der schwarzen Verbrechen ist.

In der Rechtsgeschichte handelt es sich um zwei Arten: Rechte können freitragend, oder unbewirkte Rechte können verletzt sein. In beiden Fällen tritt die Gesamtheit gewissermaßen als Gewährleistung des Rechtes ein. In Fällen freitragender Rechte legt die Gesamtheit ihre Aufsicht ein, auf welcher Seite das Recht steht; in Fällen verletzter Rechte handelt sich's zunächst um Wiedererstattung, so weit davon noch die Rede sein kann. Die Gesellschaft, oder wie sie hier heißt, der Staat, hat die Selbsthilfe abgelehnt, dem Beschädigten muß also die öffentliche Hilfe zugewandt werden, damit er wieder zu seinem Schaden komme; nach Umständen muß die Wiedererstattung sogar an öffentliche Kosten geschehen.

Bei uns ist das Rechtsverfahren fast im Ernst ein Unrechtsverfahren zu nennen. In Fällen freitragender Rechte ist das Verfahren so, daß der freitragende Gegenstand gar oft als Opfer und Feind aufgeführt wird; in Fällen verletzter Rechte denkt man nur an die Bestrafung des Uebeltäters, nach der Wiedergewinnung seines Schadens mag der Geschädigte selbst sehen, nur muß er sich in Acht nehmen, daß er auf dem Rechtsweg, wie er genannt wird, nicht noch zu doppeltem Schaden komme.

Das Gesagte läuft allerdings schroff gegen alle unsere alten Uebungen. Unsere Polizisten sehen ihren größten Stolz in's Menschenfangen ohne viel Prüfung, was nicht ihres Amtes, sondern des Untersuchungsrichters sein soll; der Untersuchungsrichter dagegen setzt seinen höchsten Stolz daran, den, der ihm überliefert worden, müde zu machen und zum Gehändnis zu bringen. Man hat nämlich, dem Namen nach, das Anklageverfahren eingeführt, aber, der Sache nach, das alte Inquisitionsverfahren beibehalten. Daumenschrauben werden zwar nicht mehr angelegt, allein der geistige Folterapparat ist noch vielfach in Thätigkeit.

Da ich hier nicht mit Juristen zu thun habe, so muß ich den Unterschied zwischen Inquisition und Anklage etwas andeuten. Wenn unter der unbefristeten Herrschaft des Inquisitionsverfahrens die Anzeige gemacht wurde, so war das Räthliche, daß man sich der Person dessen bemächtigt, den die Anzeige als Thäter bezeichnete. Die erste Frage an diesen war, ob er wisse, warum er verhaftet sei. Eigentlich ist diese Frage dumm: ein Schelm, der ahnt, warum er verhaftet ist, wird der Letzte sein, so sagen, daß er es wisse. Die Kräfte, die aufgedrungen werden, um Jemanden zum Geständnis zu bringen, wo vielleicht gar nichts zu entdecken ist, sind mitunter des geriebensten Schelmen würdig. Sie erfordern alles Kräfte ein zu Hause sein im Lande der Sächlichkeit, das man schwerlich ungestraft sich erwerben kann. Man verliert da nur allzu leicht den Glauben an die Menschheit und damit an sich selbst, wer aber diesen verloren, hat allen Halt, alle Sicherheit eingebüßt; für einen solchen giebt es keinen Glauben mehr an Freundschaft, an eheliche Treue, überhaupt an nichts von Alledem, wodurch das menschliche Leben erst seinen Reiz erhält.

Uebrigens lernen nicht der Polizist und der Strafrichter allein die menschliche Gattung fast bloß von ihrer schlechten Seite kennen, dem sog. Civilrichter geht es nicht besser, wenn nicht sogar noch schlimmer; der Wucherer, der überall das Gesetz für sich hat, ist noch weit schlimmer, als der plumpe Dieb und Betrüger.

„Wie gehört das hierher?“ — Es gehört hierher, weil daraus sich ergibt, daß unsere ganze Gerichtsverfassung in ihrem Grunde vom Argen ist. Es geht nicht an, das Richteramt zum Gewerbe und Lebensberuf zu machen, weil es in dieser Form sittlich schädigen muß. Der Mensch wird nicht zum Richter über seine Mitmenschen, zum Entscheider über dessen Wohl und Weh geboren; das Gericht ist nur der Gesamtheit, des ganzen Volkes; die wenigen Männer, die auf der Schworenbank sitzen, sind nur auserlesen, weil es geradezu unmöglich ist, selbst wegen einer wichtigen Sache das ganze Volk zu versammeln. Einen ersten Mann verlangt es nicht, auf die Richterbank berufen zu werden; er scheut die tiefe, damit verbundene Gewissensverantwortung keineswegs, aber er sucht sie nicht, fürchtet vielmehr, sein Rechte und Gerechtigkeitsgefühl möchte durch öftere Wiederholung an Empfindlichkeit verlieren. Wer dies zu stark finden sollte, sei darauf hingewiesen, daß das Richteramt nicht der einzige Beruf ist, für welchen der Mensch, weil er in demselben nicht gedeiht, nun und nimmer geboren sein kann. Ich will hier nicht verweilen bei dem Berufe eines Soldaten, eines Beamten, eines Regenten u. dgl.; ich will hier nur einige Schlaglichter werfen auf den Lehrerberuf, um zu zeigen, daß dieser noch weniger als andere zum Gewerbe und Lebensberuf gemacht werden sollte. Es ist bekannt, daß im Jahre 1848 die Professoren alles haben verderben helfen. Es waren keineswegs die schlechtesten unter ihnen — der lebenslängliche Professor war es, der alles verbar. Und wie mit dem lebenslänglichen Lehrer, so ist es mit den Juristen vom Handwert. Wie häufig der lebenslängliche Lehrer mit jedem Jahre mehr das Verständnis der Kindheit und Jugend verliert, so der Jurist das wirkliche Recht aus seinem Herzen und behält nur die Gesetze-graphen im Gedächtnis.

Allein in unserem Strafverfahren ist noch ein Dritter geschädigt — der Staatsanwalt. Er ist zwar hineingekommen, wie Platonus in's Credo, allein in das Glaubensbekenntnis der feiländischen Juristen hat er sich so fest eingespielt, daß sie ohne ihn gar nicht auskommen zu können meinen. Und doch ist er nicht bloß überflüssig, nicht bloß das fünfte Rad am Wagen, das ja, unter Umständen, sogar von entscheidendem Nutzen sein kann — die Staatsanwaltschaft ist eine Einrichtung von so entscheidender und zugleich so weitgehender Schädlichkeit, daß diese Einrichtung ohne Unterlay und mit allen Mitteln bekämpft werden muß, bis sie (zur Freude der Staatsanwälte selbst) zu Falle gebracht ist. Das Uebel liegt schon handgreiflich darin, daß der Staatsanwalt tritt als Jurist, als Vertreter des Rechtsgebührens, wogegen er nichts ist als ein reiner Verwaltungsbeamter, der sich strenge zu halten hat an die Weisungen, die ihm gegeben worden, nicht an sein eigenes Urtheil. Wenn Jemand mir einen Auftrag giebt, bei dem es sich nicht um Recht, oder Unrecht für einen Dritten, nur um Nutzen oder Schaden für den Auftraggeber handelt, ist es allerdings Pflicht, anmerksam zu machen auf das Verlethene dieses Verfahrens, allein damit hat auch meine Verantwortlichkeit ein Ende. Ein anderes ist es, wo es das Recht eines Dritten gilt, da dürfen Weisungen nicht Platz greifen, da darf die Verantwortlichkeit nicht auf andere Schultern abgeladen werden. Ich habe selbst einen Staats-

anwalt sich winden und krümmen sehen gleich einem Wurm, um zwischen seiner Ueberzeugung und seinen Weisungen durchzukommen, unbeschadet der ersten und ohne Verweis von oben. So weit gelang es ihm, daß der Angeklagte freigesprochen wurde, wenn ich aber nicht sehr irre, so mußte Berufung eingelegt werden gegen das freisprechende Urtheil, denn die Sache war nicht vor die Geschworenen gekommen.

„Aber wie soll man sich denn behelfen ohne Staatsanwalt?“ — Wie man sich in England behilft ohne einen Mann, der das Anklagen zum ausschließenden Gewerbe gemacht hat, dessen Dutz dadurch so hart geworden wie ein Gesebartel und der seinen Stolz darin setzt, den, der ihm überliefert worden, zu Falle zu bringen.

Man wird jedoch sagen, daß schon die Römer, diese Erzjuristen, einen Unterschied machten zwischen Fällen streitiger und Fällen verletzter Rechte — diese nannten sie öffentliche Prozesse (causas publicas), jene Privatprozesse. — Richtig, das thaten sie, aber richtig war der Unterschied, den sie machten, keineswegs. Da die Selbsthilfe auch in Fällen streitiger Rechte ausgeschlossen ist, so müssen auch diese Fälle vor Gericht gebracht werden; die Gesellschaft ist also verantwortlich dafür, daß Jeder zu seinem Rechte komme. Dennoch fällt es Niemandem auch nur im Traume ein, mit der Führung der sog. Civilprozesse einen Staatsanwalt zu beauftragen. Wie es die Sache des Einzelnen ist, sein zweifelhaftes Recht außer Zweifel zu stellen, so hat auch Jeder, der sein Recht verlegt glaubt, diese Verletzung nachzuweisen.

„Ein Ermordeter kann nicht selbst seine Sache führen, da muß der Staat eintreten.“ — Ganz richtig und auch in England tritt in solchen und ähnlichen Fällen der Staat ein. Dennoch behilft man sich dort nicht bloß ohne Staatsanwalt, sondern selbst ohne Justizminister.

„Ohne Justizminister?“ — Ja, ohne Justizminister, weil dort die Gerichte souverän sind, und Niemand sich unterziehen darf, ihnen Gesetze zu geben. Uebrigens wird im Verfolge besser Zeit sein, auseinanderzusetzen, wie man sich ohne Staatsanwalt und Justizminister behelfen kann; vor der Hand liegt es mir ob, etwas Licht zu werfen in das Dunkel, in dem das kriminalistische Kleeblatt — Polyzist, Untersuchungsrichter und Staatsanwalt ihre traurige Arbeit thun.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerbe.

Leipzig. Da wir schon mehreremal und zu verschiedenen Zeiten die Beamten unserer Genossenschaft aufgefordert haben, etwas lebhafter mit dem Briefwechsel zu sein, so sehen wir uns geneigt, wiederum von Neuem daran zu erinnern, indem trotz Aufforderung der Verleger mit uns auf schriftlichem Wege immer noch der langsame und langweilige Brief; mögen daher die Betreffenden sorgen, daß der Briefwechsel etwas geregelter und lebhafter werde.

Noch möchten wir die Bevollmächtigten erinnern, daß halb wieder ein Vierteljahr abgelaufen, der Hauptzweck aber noch sehr wenig gebacht worden ist. Mühe also ein jeder sorgen, daß der kommende Kassenericht nicht so spärlich ausfällt, sondern uns treudeu ausgetragen.

Weiter möchten wir noch unsere Freunde in Zürich und Göttingen besonders bitten, uns doch baldigst ein Lebenszeichen zugehen zu lassen, ebenfalls wird Herr Zwoboda in Pest gebeten, den von uns erhaltenen Brief doch so bald als möglich zu beantworten, wie es mit der nach unserm Statut gegründeten Genossenschaft geht und steht.

Gelder sind eingegangen Dresden 6 Thlr.

Für die Verwaltung: Aug. Schäfer.

Internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter.

Reichenberg. Der Sachverhalt der Metallarbeiter ist genehmigt; das Lokal ist beim Herrn Schöffig, Koll-Gasse, im Gasthaus.

Glanau, 12. März. Nach einem langen und heftigen Wahlkampf, an dem von unserer Seite selbst Frauen rühmigen Antheil nahmen, nahe der Wahltag, an dem nun beide Parteien in geschlossenen Kolonnen aufmarschirten, um gegeneilig die Kräfte zu messen. Vor dem Wahltag, sowie am Wahltag früh äußerten viele National-Liberalen, daß Schulze-Deßlich im 17. Wahlbezirk siegen und in Glanau mindestens eine Majorität von 500 Stimmen erhalten würde. Am Eingange der beiden Wahllokale waren von unserer sowie von der gegnerischen Partei Leute mit Stimmzetteln und es war ein Lust zu sehen, wie der große Theil der Arbeiter Stimmzettel von Bebel nahmen. Die National-Liberalen nannten des Nachmittags von einem Lokal in das andere, um zu fragen, wie die Schulze'schen Stimmzettel abgingen, so gen aber oft schon mit langem Gesicht ab. Abends 6 Uhr füllten sich die Wahllokale von beiden Parteien, um das Resultat zu erfahren. Die Freude unter den Arbeitern war unbeschreiblich, als das Resultat bekannt und Bebel mit 263 Majorität über Schulze gestigt hatte und ein nicht endemwollendes Hoch auf Bebel wurde von sämtlichen anwesenden Arbeitern ausgebracht. Die Herren Nation.-Lib. verließen mit todtbleichem Gesicht und gesenktem Haupt den Saal, begleitet von einem abermaligen Hoch auf Bebel. Ein Gratblatt, welches das „Bl. Tageblatt“ noch am Wahltag Abend herausgeben wollte, wurde, da Bebel gestigt hatte, nicht. Solch eine Niederlage war den Herren Nation.-Lib. ganz unerwartet gekommen, denn in ihrem Hauptquartier (Hessenteller) war Alles ruhig und mit dem Eintreffen einer jeden Wahlzettel wurden sie niedergeschlagen. Es war dies ein Genug für Götting, so etwas mit anzusehen. Selbst eine Kriegesbesuche, wo 50,000 Franzosen auf dem Schlachtfelde geblieben wären, würde nicht im Stande gewesen sein, sie zu erheitern. Ein ganz ander Leben war dagegen im Hauptquartier der Sozialdemokraten (Vergessener). Sämtliche ziemlich großen Lokalitäten waren zum Erdrücken gefüllt und man sah und hörte bloß Freude und Jubel. Kein finsternes Arbeitergesicht war zu erblicken, alle drückenden Sorgen der Arbeiter waren durch den Sieg Bebel's verschwand. Als die Siegesnachricht von Rerrane, Müllengrund u. f. w. entrafen, wollte der Jubel und die Freude gar kein Ende nehmen und wurde bei jeder Siegesnachricht ein dreimaliges Hoch auf Bebel ausgebracht. Wo die 844 abtrünnigen Wähler Bebel's (so wie früherzeit ein Mißtrauensvotum gegen Bebel abschieden) bei der jehigen Wahl geblieben sind, ist unbegreiflich; jedenfalls sind es die National-Liberalen, also Nichtwähler Bebel's gewesen, welche dies Mißtrauensvotum abgeschickt haben. Auch der offene Brief des Hrn. Säuberlich an unsere Partei, der größtentheils Verläumdung, Verdrehung und Lüge enthält, hat nichts genützt und die Behauptung des Hrn. Säuberlich, daß viele Arbeiter nichts mehr von uns wissen wollten, Eigen gestraht. Wir sind herzlich froh, daß Hr. Säuberlich nicht mehr unserer Partei angehört und zu den National-Liberalen übergegangen ist, denn der große Theil der Arbeiter verachtet ihn, wie es Verräthern der Arbeiterjahre gebührt. Viele von den Herren Kaufleuten und Comtoristen sollen sich ausgesprochen haben, daß nun die Bebelianer keine Arbeit mehr bekommen sollten. Hr. Franz, Waarenbesitzer bei Schumann & Heidner, leistet in der Prachtpracht gegen unsere Parteigenossen resp. Arbeiter etwas ganz Außerordentliches, selbst die Feder sträubt sich, solche gemeine Ausdrücke wiederzugeben. Doch bei unsern Arbeitern heißt's: bange machen gilt nicht. Auch sind bei einem unserer agitierenden Parteigenossen am Wahltag Abends mehrere Fenster eingeworfen worden; sollte dies etwa aus Rache von Leuten der gegnerischen Partei geschehen sein? Daß im 17. Wahlbezirk niemals ein national-liberaler Kandidat gewählt wird, dürfte den Herren National-Liberalen diesmal klar geworden sein.

Münchenberndorf. Die Parteigenossen von Münchenberndorf und Neustadt hielten am 5. Febr. eine Volksversammlung in Münchenberndorf ab, um im 3. Weimariischen Wahlbezirk einen Reichstagskandidaten anzuwählen. Wenn auch in der Vorberathung einige Differenzen über die Kandidatenfrage sich bemerkbar machten, so erklärte sich doch die sehr zahlreiche Versammlung einstimmig für Traugott Böttcher. Die Reichstäter Parteigenossen versprachen sich, im oberen Theil des Wahlkreises für Herrn Böttcher zu agitieren und Münchenberndorf im unteren. Letztere hielten auch schon am 12. Februar Versammlung in der Antstadt Weida ab, in welcher Böttcher das ihm übergebene Programm vorlegte. Denn auch in dieser Versammlung Herrn Böttcher zwei Advokaten und noch einige Beamte (dross entgegneten und alle möglichen Füllen stellten, um Böttcher auf das nachteiligste Kreisgericht zu befördern, wurden diese Herren aber doch so weiserhaft abgefertigt, daß ihnen zuletzt der Rath schloß, noch eine Frage an Herrn Böttcher zu richten. Nach Schluß der Versammlung untertheilten wir uns noch lange mit den Arbeitern von Weida, welche uns zusagten, Hrn. Böttcher ihre Stimme zu geben. Wir haben dann noch mehrere Versammlungen anderweitig abgehalten und hatte: volle Aussicht, unsern Kandidaten durchzubringen. Doch was thaten die Sozialdemokraten von R.? An-

statt die Agitation für den festgestellten Kandidaten zu betreiben, wurde theilweise das Gegentheil gethan und für Staatsbeamte agitirt. Beobachtungsweise müssen wir nun berichten, daß unser Kandidat für Bebel die nöthigen Stimmen nicht erhielt, sondern Staatsanwalt Jenast aus Weimar. In Münchenberndorf erhielt Böttcher von 219 abgegebenen Stimmen 169, Jenast bloß 59. Da gab es freilich sehr schiefe Gesichter. Doch es wird und muß noch besser kommen.

Friedensrecht und Kriegsrecht.

Wenn einer will das Recht studiren, So muß fünf Jahr er dran verlieren. Das Recht, vom Krieg jest eingeführt, Wird bei fünf Tagen ausstudirt.

Logau.

Briefkasten

Knieling, Dresden: Eine Erklärung ist uns bis jetzt nicht zugekommen; selbstverständlich ist, daß event. eine solche abgedruckt wird. Photographien und Schriften: Anzeige mußte lediglich wegen des bei den beiden Nummern stattfindenden Raummanngels zurückbleiben. Beschwerden über durch Photographien-Anzeigen zu befürchtenden Personenkultus, die uns von hiesigen und auswärtigen Parteigenossen, namentlich von Nürnberg (Müll) zugegangen sind, haben wir dem Ausbüh mitgeteilt, der einen Beschluß darüber nicht gefaßt hat. Die Kontrollkommission entscheide; darin ganz mit Ihnen einverstanden.

Für den Wahlfond.

Durch A. Randorf d. Staffurt 2 Thlr.*; vom Arbeiter-Berein in Müllern 1 Thlr.*; V. D. durch G. Hirsch 10 Thlr.; durch G. Hamburg, direkt f. d. Wahl Spier's, 8 Thlr.* durch B. Hamburg, direkt f. d. Wahl Spier's, 6 Thlr.* Durch A. Berlin von einem Freunde demokratischer Wahlen 2 Thlr.

Für die Familien der Inhaftirten.

Arbeiter-Berein in München 1 Thlr.*; durch V. Hannover 1 Thlr.*; durch G. Hamburg 4 Thlr.*

Die mit *) bezeichneten Beträge sind direkt bei dem Unterzeichneter eingegangen. Ueber die bisher an mich, leider sehr spärlich eingegangenen Parteibeiträge wird zu Ende dieses Monats quittirt. Theodor Burckhardt, prov. Parteikassier. Johannisgasse 6—8. E. II.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 23. März, Abends 8 Uhr: Versammlung im Saale der „goldenen Säge“, Ecke der Dreßener u. Langenstraße. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Hf. Richter). — Gäste sind willkommen.

Schriften-Vertrieb.

Alle Vassalle'schen, sowie andere Schriften sozialdemokratischen Inhalts sind durch mich zu beziehen. Was nun? (v. Vassalle) ist vergriffen, hingegen Arbeiterleibnuch in neuer Auflage erschienen. C. G. Seifert, Windmühlstr. 23.

Das bereits in siedender Auflage erschienene Zeitgebiht: Das rothe Gepeust und die Kasaren, von A. Otto-Walster wird allen Parteigenossen zu zahlreicher Verbreitung empfohlen. Preis 1 Mgr. Bei Partien 25 % Rabatt. Bestellungen übernimmt H. Knieling, Dresden, Christianstr. 16, VI.

Durch die Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Der Hochverrathsprözeß

gegen Oberwinder, A. Scheu, Koff, Pappi u., verhandelt vor dem Landesgerichte zu Wien.

Nach stenographischen Berichten bearbeitet von Heint. Scheu. Vollständig in 9 Heften. Preis komplett 18 Mgr.

Der Staat und das Genossenschaftswesen. 20 Stück 10 Gr. = 35 Kr.

Nationalökonomisches. II. Vortrag von J. Dietzgen. 30 Stück 10 Gr. = 35 Kr.

Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels. 7 Bogen Kart. Das Exemplar kostet 5 Gr., in Partien bezogen nur 4 Gr., 1 Expl. im Buchhandel 7 1/2 Gr.

„Frankfurter Zeitung“

(Auflage 12,000) und Handelsblatt. (Auflage 12,000) Der Abonnementspreis beträgt für Deutschland (excl. Preußen) und Oesterreich fl. 3. 20 = Thlr. 1. 27 1/2 Sgr. per Quartal.

Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Frankfurt a. M., im März 1871.

Die Expedition der „Frankfurter Zeitung“.

Der „Deutsche Demokrat“.

ein politisches demokratisches Wochenblatt für das deutsche Reich, fängt mit dem 1. April ein neues Quartal an, in derselben Form wie es der unterzeichnete Verleger und Redakteur und im Zusammenwirken mit Dr. Johann Jakob und J. Reichenbach-Wieden, die Beide dem Blatte noch nahe stehen, seit zwei Quartalen geschaffen.

Der deutsche Freiheitsdichter Schiller singt:

„Der Soldat zählt ab, der Bauer spannt ein, Und bald wird's wieder beim Alten sein.“

Es kann und darf aber nicht beim Alten bleiben! Unser Blatt hat sich, trotz alles zum Himmel dampfenden Blutes, die Aufgabe gestellt, dem Volke zu lehren, das Volk zu Weisheit zu führen im Friedenswerke. Es will dem Volke die Augen öffnen, daß es sich nicht durch das Fürstengeheiß der Feinde blenden lasse und der Freiheit vergesse.

Hoch die Fahne der Freiheit! soll es voranmarschieren! In volksthümlicher Sprache wird es seine Aufgabe zu erfüllen suchen, unterstützt als Mitarbeiter von Männern bekannter Namens und außerhalb Deutschland.

Demokraten! unterstützt den „Deutschen Demokrat“ und helfe ihm zu seinem Ziele, indem ihr ihn in Schichten des Volkes verbreitet, in denen größere demokratische Zeitungen keinen Eingang finden, und unverständlich bleiben würden.

Der „Deutsche Demokrat“ erscheint jeden Samstag, wird für auswärtige aber schon freitags zur Post gegeben. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf denselben an. Für Süddeutschland kostet er 18 Kr., gleich 5 Sgr., für Preußen, (in dessen großen Post-Zeitungs-Preiscomant er im Nachzuge unter No. 659. a. verzeichnet ist) bei Selbstabholung von der Post 6 Sgr. 9 Pf., in der Stadt mit Bestellgeld 8 Sgr., auf dem Lande mit Bestellgeld 9 Sgr. 6 Pf.

Inferate finden für 12 Kr. = 3 Sgr. die Zeitteile die weiteste Verbreitung in Deutschland und im Auslande. Kaiserslautern, im März 1871.

Der Verleger und Redakteur Carl Lucbed.

Vassalle's „Julian Schmidt, der Viterarhistoriker“ wird zu kaufen gesucht Leipzig, Emilienstr. 2a, part.

Von der heutigen Nummer ist beühns Verbreitung und Empfehlung des „Volksstaat“ eine größere Auflage gedruckt worden und können solche Probenummern gegen Einigung des Fortobetrags (pro Duzend 2 Groschen) von der Expedition des „Volksstaat“, Petersstr. 18, Leipzig, gratis bezogen werden.

Leipzig: Verantw. Redakteur in Vertretung: Carl Hirsch (Redaktion: Emilienstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18)